

# Wahlprogramm der SPD Achim 2011

## **Bildung**

Wir setzen uns ein für die Einrichtung von Krippenplätzen für 50 % der Achimer Kinder bis 2016. Die gesetzliche Vorgabe, bis 2013 35 % Krippenplätze in der Kommune vorzuhalten, wird den Bedarf der Eltern nach Betreuung für die Kleinsten nicht decken. Schon heute ist der Bedarf über 35 %.

Ebenso fordern wir die Einrichtung einer übergreifenden Eingangsstufe für Klasse 1 und 2 an allen Achimer Grundschulen. Dieses Steckenpferd der Grundschule am Paulsberg ist eine pädagogisch sehr wertvolle Maßnahme, die allen Achimer Grundschülern zu gute kommen sollte.

Ein langfristiges Ziel ist die Einrichtung einer IGS am Schulstandort Achim bis 2016. Dieses sinnvolle pädagogische Schulmodell wird einerseits den Bedürfnissen der Schüler und Schülerinnen besser gerecht, andererseits entspricht die Gesamtschule den auch in Achim anwachsenden demographischen Erfordernissen.

Der Ausbau der Ganztagschulen wird gemäß dem Grundsatzbeschluss des Rates der Stadt Achim von 2007 weiter forciert. Unsere Ganztagschulen sind Erfolgsmodelle. Die Umsetzung ist gesellschaftlich unabdingbar und für die Schüler und Schülerinnen als Vorbereitung auf das Berufsleben in allen Situationen von großer Bedeutung.

Interimshorte werden weiterhin bedarfsorientiert eingerichtet. Dies ist die Lösung, bis alle Schulen ganztägig geführt werden, damit Eltern für Ihre Kinder durchgehend Betreuung in Anspruch nehmen können.

Ein Anliegen ist uns die Förderung der Schwerpunktausrichtung der Gymnasien in Achim durch mediale Vernetzung mit der Stadtverwaltung Achim. Unsere Schulen sind großartig und ein echtes Pfund für unsere Stadt. Sie sollen besser von der Stadt in den Blickpunkt gerückt werden. Dies gilt für alle Schulen, unabhängig von der Trägerschaft.

Ebenso muss die Einführung des Prinzips der Inklusion an den Achimer Schulen weiter vorangetrieben werden. Bereits seit 2009 ist die Behindertenrechtskonvention auch für Deutschland rechtsverbindlich. Danach hat jedes Kind das Recht auf gemeinsamen Unterricht von behinderten und nicht behinderten Schülern. Das bedeutet, dass jedes Kind Anspruch auf Aufnahme in die zuständige allgemeine Schule ha-

ben soll; dass die nötige individuelle Unterstützung zur Verfügung gestellt wird und dass Fortbildung, Begleitung und Unterstützung für Schulen und Lehrer für dieses Thema sicher gestellt werden.

## **Kinderfreundliche Stadt**

Die Erziehung unserer Kinder in einer Einrichtung, sei es in der Krippe oder in der Kindertagesstätte (Kita), ist ein wichtiger Faktor in der Bildung des Sozialverhaltens. Insbesondere Einzelkinder können hier den Umgang mit anderen Kindern erlernen.

Gesellschaftliche Umstände haben sich geändert. Frauen wollen neben der Familie ihren Beruf weiter ausführen – und ein großer Teil muss es auch, um der Familie ein Auskommen zu sichern. Viele Alleinerziehende sind darauf angewiesen ihre Kinder pädagogisch gut versorgt zu wissen.

Um die Bildungschancen für Kinder zu steigern, lohnt es sich in Kitas zu investieren. Unter anderem ist die frühkindliche Betreuung für Kinder mit Migrationshintergrund besonders sinnvoll, um rechtzeitig sprachliche Barrieren zu beseitigen. Gerade diese Betreuungsmöglichkeiten von Kindern unter drei Jahren sind in Achim immer noch nicht ausreichend, deshalb wollen wir diese weiter ausbauen.

Die SPD Achim wird sich auch in der kommenden Ratsperiode dafür einsetzen, dass bedarfsgerecht Krippenplätze geschaffen werden - angestrebt wird eine Versorgung von 50 % der Kinder unter 3 Jahren. Ebenso dass ausreichende Kita-Plätze, die sich am zeitlichen Bedarf der Familien orientieren vorhanden sind. Weiter ist und wichtig, dass Standards erhalten, und noch verbessert werden, wohnortnahe Plätze angeboten werden können und auch in Zukunft altersgemischte Gruppen eingerichtet werden können.

Die Einrichtung von Ganztagschulen steht für die Achimer SPD im Vordergrund. Bis zur Umsetzung der Ganztagschule an allen Achimer Grundschulen muss ein Hortangebot vorgehalten werden, um eine Betreuung auch während der Ferien zu gewährleisten. Die SPD Achim wird sich auch in der kommenden Ratsperiode dafür einsetzen, dass ein Ganztagsschulangebot an allen Achimer Grundschulen umgesetzt wird und in allen Achimer Ortsteilen ggf. ein ausreichendes Hortangebot gemacht wird.

## **Freiwilliges Engagement**

Das freiwillige Engagement der Bürgerinnen und Bürger gibt einer Stadt eine Seele. Freiwillige Helfer engagieren sich in allen Bereichen des Gemeinwesens, bei Kindern als z. B. Lesepaten, bei Jugendlichen als Mentoren zur Berufsfindung, bei Seniorinnen und Senioren als Begleiterinnen und Begleiter bei der Bewältigung des Alltäglichen und in vielen anderen Bereichen des Lebens unserer Stadt.

Die SPD Achim wird sich auch in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass freiwilliges Engagement verstärkt anerkannt wird. Ein erster Schritt in diese Richtung war die, von uns beantragte, Einführung der Ehrenamtskarte. Natürlich sollen auch weiterhin Freiwillige in hohem Maße unterstützt werden.

## **Mehrgenerationenhaus**

Die SPD Achim will die Einrichtung eines Mehrgenerationenhauses/ Familienzentrums vorantreiben. Familienzentren bilden eine Möglichkeit das Miteinander und die gegenseitige Unterstützung aller Generationen neu zu beleben. Denkbar sind hier verschiedene Projekte, z. B. in Anbindung an die Kindertagesstätten als niedrigschwelliges Angebot oder im alten Rathaus als eigenständiges Angebot

Das Mehrgenerationenhaus soll als offener Treffpunkt für generationsübergreifende Begegnung und zur Unterstützung und Beratung von Familien in unterschiedlichsten Lebenssituationen dienen. Dies durch die Bildung sozialer Netzwerk, durch Nutzung der Kompetenzen der älteren Generation und durch die Integration unterschiedlichster Nationalitäten durch niedrigschwellige Angebote z. B. in einer KiTa.

## **Stadt-Zukunft**

Wir streben eine Aufwertung der Achimer Innenstadt an. Geschäftsleute, Bewohner und Rat müssen an einem Strang ziehen. Nach dem erfolgreichen Kreisbau auf der ehemaligen Gieschen-Kreuzung müssen dort jetzt neue städtebauliche Akzente gesetzt werden. Hierzu gehören die Bebauung des sog. Scherf-Grundstückes und die Erneuerung des Alten Marktes.

Nach Freiwerden des Gefängnisses bietet sich für die Stadt die Chance einer geschäftlichen Aufwertung des gesamten östlichen Bereichs der Fußgängerzone. Unter Einbeziehung der Flächen neben dem Rathaus, kann die Unterbringung des Amtsgerichts dauerhaft verbessert und gesichert werden.

Ausgehend von der Anziehungskraft des Wochenmarktes ist die Innenstadt zu einem Zentrum für Einkaufen, Dienstleistungen, Bildung und Kultur zu entwickeln. Mit den Planungen zum Ausbau der Bibliothek wird ein weiterer Schwerpunkt gesetzt.

Die Achimer Ortsteile sind lebens- und liebenswert zu erhalten. Die örtliche Nahversorgung mit den notwendigen Dienstleistungen ist durch geeignete Planungen sicher zu stellen. Der Ausbau des Breitbandnetzes insbesondere in den Gewerbebezonen bedarf dabei der Unterstützung.

Achims Wettbewerbsvorteil ist eine vorausschauende und nachhaltige Gewerbeflächenentwicklung die Unternehmen ansiedelt und somit Arbeitsplätze schafft. Auch die vorhandenen Betriebe sind weiterhin zu beraten und zu unterstützen.

## **Stadtentwicklungspolitik**

Die Auswirkungen des sog. demografischen Wandels werden in den nächsten Jahren eine deutlich spürbare Rahmenbedingung für die Formulierung einer städtischen Entwicklungspolitik sein. Die Bevölkerung in der Bundesrepublik wächst nicht mehr, im Gegenteil: sie geht zurück. Gleichzeitig verändert sich der Altersaufbau, einer zunehmenden Anzahl älterer Menschen steht der Rückgang der Anzahl der Kinder/Jugendlichen gegenüber.

Auf dem Wohnungsmarkt wird es deshalb voraussichtlich eine deutlich veränderte Nachfrage bei den Wohnungsformen geben, auf dem Arbeitsmarkt kann es dann später zu einem Rückgang der Erwerbspersonen - mit entsprechenden Auswirkungen auf den Wirtschaftsprozess. Die Prognosen weisen alle diese Trendaussagen auf.

Eine Zunahme der Konkurrenz der Gemeinden um die „attraktivsten“ Wohn- und Gewerbestandorte dürfte die Folge sein. Eine Studie der Bertelsmann-Stiftung hat aufgezeigt, dass nicht alle Regionen und Gemeinden gleichermaßen von der Entwicklung betroffen sein werden – es wird Verlierer geben, die nachkommende Generation wird sich für die Gemeinden mit der höchsten Wohn- und Arbeitsplatzqualität entscheiden. Achim hat nach dieser Untersuchung aufgrund seiner Standortfaktoren die Aussicht, zu den Gewinnern zu gehören, wenn diese Chancen entsprechend genutzt werden.

Ansiedlungsentscheidungen werden immer von Privatpersonen bzw. den Unternehmen getroffen, eine Stadt kann sie nicht „verordnen“. Attraktiv ist ein Wohnstandort immer dann, wenn in der Gemeinde ein Wohnangebot vorgehalten wird, das den sich

wandelnden Wohnwünschen anpasst. Es muss zudem in einer Gemeinde „mit Gesicht“ gelegen sein, d.h. die für ein angenehmes Wohnen notwendige Infrastruktur muss selbstverständlicher Teil der Gemeinde sein – von der Kultur, dem Sport, dem Bildungsangebot bis zum Einkaufen.

Achim kann in diesem Wettbewerb der Gemeinden einiges vorweisen. Aber die Konkurrenz schläft nicht, Ausruhen ist Stillstand und führt zum Verlust von Chancen. Diese Botschaft muss wieder in das Rathaus hinein, das reine Verwalten und Beschäftigen mit sich selbst muss beendet werden.

Die Aufmerksamkeit gilt daher in den nächsten der verstärkten Beobachtung der Entwicklung in bestehenden Wohngebieten. Die Energiewende, der Ausstieg aus der Atomwirtschaft fordern im nächsten Jahrzehnt erhebliche Investitionen in die Reduzierung des Energieeinsatzes für Heizung und Warmwasser. Verbesserte Dämmung und effizientere Heizungsanlagen verknüpft mit einem Anteil der eigenen Erzeugung aus erneuerbaren Quellen sind hier die Stichworte. Eine Gemeinde mit dem höchsten Anteil energetisch verbesserter Wohnungen hat beim „Werben“ um Einwohner einen erheblichen Standortvorteil.

Die gleiche Beobachtung gilt für die Bestandpflege und Weiterentwicklung in unseren Gewerbebezonen. Die städtische Wirtschaftsförderung begleitet die Entwicklungen, gestaltet mit und reagiert nicht erst, wenn es zu spät ist. Jeder durch Schließung oder Abwanderung verlorene Arbeitsplatz kann nur mittels eines mehrfach höheren Preises zurückgeholt werden. Sinnvoll eingesetztes Geld in die Förderung/Unterstützung der vorhandenen betrieblichen Strukturen und Hilfen beim permanenten Anpassen an die sich ändernden Weltmärkte ist erheblich günstiger. Attraktive Gewerbebezonen sollen weiterhin ein Markenzeichen unserer Stadt sein.

Die Achimer Innenstadt muss aus dem Dornröschenschlaf befreit werden, in den sie in der letzten Wahlperiode gefallen ist. Es müssen dringend Investoren für neue Gebäude gefunden werden, die der Stadt bei der Weiterentwicklung „eines Gesichtes“ hilfreich sind. Es bedarf neuer baulicher Akzente und nicht der Weiterführung des müßigen Streits, welche Produkte noch fehlen und welche wir noch zulassen wollen. Die Kaufleute passen ihre Produkte der veränderten Nachfrage an, davon verstehen Rat und Verwaltung auch nicht ansatzweise etwas. Nach der erfolgreichen Umsetzung eines veränderten Verkehrskonzeptes mit dem Kreisel-Bau auf der ehemaligen Gieschen-Kreuzung müssen dort jetzt u.a. mit der Bebauung des sog. Scherf-Grundstücks weitere städtebauliche Akzente im westlichen Eingangsbereich der

Stadt gesetzt werden. Eine neue Straßenrandbebauung am Kreisel für Gewerbe, Einzelhandel und Dienstleistungen im vorderen Gebäudebereich ergänzt das Flächenangebot für Achim, im hinteren Bereich kann eine angepasste Wohnbebauung die notwendige städtebauliche Abgrenzung zum ehemaligen Bauernviertel gestalten. Isolierte Debatten über ausschließlich zusätzliche Flächen für den Einzelhandel sind an dieser Stelle fehl am Platze, die Stadtgestaltung, der Zubau steht hier im Vordergrund.

Nach Freiwerden des Gefängnisses hinter dem Amtsgericht sollte sich die Entwicklung danach dem östlichen Eingang der Fußgängerzone zuwenden, bereits jetzt ist eine Einigung auf Übertragung des Grundstücks vom Land auf die Stadt anzustreben. Der Baumplatz, das ehemalige Gefängnisareal mit Freifläche und ggf. auch die Einbeziehung des Rathauses sollte ein Schwerpunkt für die Schaffung weiterer Flächen für den Handel bilden. Nur weitere Angebote halten die jetzigen Kunden bzw. interessieren weitere Einwohner für die Achimer City, die Bemühungen darum dürfen angesichts der Konkurrenz nicht nachlassen.

Die Stadt muss zudem in den Standort, in die Sicherung des Amtsgerichts in Achim investieren – durch Erwerb und Herrichtung des jetzigen denkmalgeschützten Altbaus, aber auch durch Schaffung neuer attraktiver Büros im Zusammenhang mit der beschriebenen städtebaulichen Neugestaltung des östlichen Bereichs des engeren Innenstadtkerns. Nur so kann das Land langfristig „überzeugt“ werden, dass der Standort Achim für das Amtsgericht der Richtige ist.

Eine gute Stadtentwicklungsplanung hat auch dafür Sorge zu tragen, dass die beruflichen, geschäftlichen und privaten Verkehre die Ziele in Achim angemessen erreichen können. Die Knotenpunkte Am Freibad / Embser Landstraße und die große Ue-ser Kreuzung mit dem Schnittpunkt zweier Landesstraßen bilden derzeit Engpässe. Lösungen müssen hier – gemäß Verkehrsentwicklungsplan auch durch verkehrliche Umverlagerungen im angemessenen Umfang - baldmöglichst gefunden werden. Die projizierte neue Autobahnanschlussstelle Achim-West zur A 27 ist ein sog. Jahrhundertprojekt, das von Achim zwar geplant, aber nicht allein umgesetzt werden kann. Wir wollen es daher auf Basis der bereits aufgenommenen Planungen als Gemeinschaftsprojekt der Länder Niedersachsen und Bremen voranbringen. Die Maßnahme entlastet Achim (und besonders den Ortsteil Uphusen) großräumig von Verkehr und erschließt zugleich das Bruch für neue gewerbliche Ansiedlungen, schafft für Achim zusätzliche Arbeitsplätze.

## **kommunale Wirtschafts- und Finanzpolitik**

Die sich ständig in Bewegung befindlichen politischen Weltwirtschaftsverhältnisse bewirken eine sich permanent verändernde Wirtschaftslage. Diese Prozesse sind kaum vorhersehbar und schaffen im Verbund mit dem demografischen Wandel sowie der jeweils aktuellen Arbeitsmarktlage für die Kommunen ein sich ständig änderndes Umfeld, dem sich kommunale Wirtschafts- und Finanzpolitik zu stellen hat.

Für die Kommunen erfordert dies eine aktive Politik, die zur Sicherung des finanziellen Spielraums von Nachhaltigkeitsansprüchen gerecht wird. Eine mittelfristige Zielsetzung bildet dabei neben dem Abbau der Verschuldung das Sichern bzw. Wiederherstellen der gestalterischen Bewegungsfreiheit, um die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Bürger zu befriedigen.

Wirtschaftspolitische Ansätze zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Verbesserung der ökonomischen Struktur dienen dabei der Stärkung der kommunalen Finanzkraft. Nur leistungsfähige Wirtschaftsunternehmen sichern nachhaltige Gewerbesteuererinnahmen.

Hier die Rahmenbedingungen zu schaffen, ist Aufgabe der Wirtschaftspolitik. Die Tätigkeitsbereiche liegen dabei unter anderem in der Ansiedlung neuer Unternehmen, der Förderung von Existenzgründungen und der Bestandspflege und Unterstützung ansässiger Unternehmen. Ein besonderes Augenmerk gilt hier in Achim dem Herausheben von unseren Standortvorteilen, eine exzellente Infrastruktur vorzuhalten, aber auch allgemeinen Marketingmaßnahmen, sowie dem Verkehrsnetz und hier insbesondere den Fernstraßenanbindungen.

Das Ausweisen von großzügigen Gewerbegebieten bildet dabei eine Basis. Ergänzt werden kann dies durch Einrichten von Gründerzentren, in denen Firmen Anlaufunterstützung erhalten. Die Sicherung des Bestandes der Unternehmen kann durch permanente Kontaktpflege und Zusammenarbeit mit örtlichen Unternehmensverbänden bzw. Interessengruppen begleitet werden. Die City-Initiative und der Wirtschaftsbeirat z.B. sind hierbei verdienstvolle innerstädtische Einrichtungen.

Neben den wirtschaftspolitischen Aspekten zur Sicherung des Finanzbedarfs bildet eine aktive nachhaltige Finanzpolitik die Grundlage des Handelns. Aktive Finanzpolitik ist dann gegeben, wenn gesetzte Maßnahmen kontinuierlich überprüft und gegebenenfalls angepasst werden, also den Erfordernissen jederzeit entsprechen. Dabei sind Grundziele die schon genannte Sicherung des finanziellen Spielraums und die Erhaltung des kommunalen Vermögens.

Diese wirtschaftlichen Betrachtungsweisen wurden in der kommunalen Finanzpolitik möglich durch die Einführung der Doppik (doppelte Haushaltsführung in Konten) gemäß NKR (neues kommunales Rechnungswesen). Kommunale Abschlüsse erfolgen angepasst an die Besonderheiten der Kommunen (keine Gewinnerzielungsabsicht) ähnlich dem Handelsrecht. Damit können unter wirtschaftlichen Aspekten finanzpolitische Entscheidungen beurteilt und getroffen werden. Notwendig hierfür ist allerdings eine zeitnahe Bereitstellung aufgearbeiteter Daten und Kennzahlen durch ein wesentlich besseres kommunales Controlling.

## **bürgeroffene Politik**

Wir brauchen eine starke Stadt, die alle Bevölkerungsgruppen ins öffentliche Leben einbezieht und daran teilhaben lässt. Die unmittelbare und aktive Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an politischen Entscheidungen ist für uns als SPD dabei ein wesentliches Ziel und ein Mittel von Politik.

Achim lebt vom großartigen Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger – in Sportvereinen, in Kunst und Kultur, in sozialen, umweltpolitischen und kirchlichen Einrichtungen sowie in der Kommunalpolitik. Dank des freiwilligen Einsatzes vieler Menschen für andere und für ihre Stadt ist das städtische Leben in Achim reich und vielfältig. Bürgerinnen und Bürger ganz gleich welcher Herkunft identifizieren sich genauso wie kleine und große Unternehmen mit ihrem Achim. Sie setzen sich mit Ideen und Kraft für ihre Stadt ein. So, und nur so, kann eine friedliche Stadtgesellschaft, kann der soziale Zusammenhalt gedeihen. Deshalb treten wir dafür ein, Benachteiligungen wegen einer ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung oder des Alters zu verhindern oder zu beseitigen. Dieses Programm ist im Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt entwickelt worden. In Zukunftsgesprächen, bei öffentlichen Fraktionssitzungen und bei Bürgerversammlungen, in Diskussionen in Vereinen und Stadtteilen haben wir unsere Ideen vorgestellt und dabei Anregungen und Vorschläge erhalten, die in dieses Papier eingeflossen sind.

Kommunalpolitik muss offen, dialog- und lernfähig sein. Kommunalpolitik muss die Menschen einbeziehen und mitnehmen. Und sie muss mit gutem Beispiel vorangehen. Die Stadt hat ihren Bürgern zu dienen - das ist eine politische Forderung, die in der Praxis aber nicht immer leicht umzusetzen ist. Bürgerpolitik in diesem Sinne ist auch keine Einbahnstraße.

Gemeinsam mit Ihnen möchte die SPD in den nächsten Jahren dafür sorgen, dass Stadt und Bürger sich näherkommen. Ideen, Vorschläge und Erfahrungen der Achimer erschließen neue Wege für die Lösung der städtischen Herausforderungen.

Ein Leitbild Achim steigert die Identifikation mit Achim. Dies ist eine Aufgabe gemeinsam von Stadt und Bürgerschaft, die die SPD aktuell angeschoben hat.

Das Bürgerbüro ist die Visitenkarte der Verwaltung. Auch bei Detailfragen muss es den direkten Weg zur Lösung des Problems aufzeigen können, ganz nach dem Motto: Die Verwaltung kommt zum Bürger und nicht umgekehrt.

Nur eine effiziente und schlanke Verwaltung, die transparent ist und dem Bürger Mitwirkungsmöglichkeiten einräumt, entspricht den Anforderungen an eine moderne Stadt. Bürgerbeteiligung ist eine Daueraufgabe der Verwaltung. Alle Fachbereiche sollen die Bürgerinnen und Bürger beteiligen und ihnen frühzeitig die Möglichkeit des Einblicks bieten. Prozesse der Verwaltung und Politik werden so transparenter und verständlicher. Dazu zählen die Mitwirkung bei der Stadtplanung und -gestaltung, die Beteiligung in der Verkehrs- und Umweltpolitik. Dies wird vor allem durch neuartige Beteiligungsformen wie dem Bürgerhaushalt ermöglicht. Ebenso soll das Internet verstärkt als Kommunikationsplattform für Diskussionsforen genutzt werden.

Die SPD wirbt für die Idee des Bürgerhaushalts. Dabei geht es darum, die Menschen direkt an der Ausarbeitung des städtischen Haushaltes zu beteiligen. Dies kann über Bürgerversammlungen, Arbeitsgruppen oder andere Wege geschehen. Die Erfahrungen in anderen Kommunen haben gezeigt, dass diese Art von direkter Mitsprache nicht nur eine Reihe von sinnvollen Projekten anstößt, sondern auch die Identifikation der Bürger mit ihrer Kommune erhöht. Diese Beteiligungsform wurde bisher vernachlässigt.

## **Lebensqualität**

Wir wollen auch weiterhin Senioren und Menschen mit Behinderung gut vertreten! In der Konsequenz heißt das die Wohnumfeld- und Lebensbedingungen sind zu verbessern.

Der demografische Wandel ist eine der großen Herausforderungen unserer Zeit, er geht auch an Achim nicht vorbei und dieser Herausforderung muss sich Politik stellen. Ziel unserer Politik für Ältere und Bürgerinnen und Bürger mit Behinderung soll sein, möglichst viele Strukturen für ein soziales, selbstbestimmtes und selbständiges Leben in unserer Stadt zu schaffen und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu er-

möglichen. Wir werden Achim zukunftsorientiert und nachhaltig weiterentwickeln und uns dabei an den Bedürfnissen und Wünschen der Betroffenen orientieren. Wir wollen verhindern, dass Senioren und Behinderte zu einer Randgruppe in einer immer egoistischer werdenden Gesellschaft werden.

Im Bereich der Stadtentwicklung müssen deshalb künftige Planungen auch auf die Bedürfnisse dieser Bevölkerungsgruppen zugeschnitten werden, um die optimale Wohnsituation in vertrauter Umgebung zu erreichen. Dazu gehört, ein wohnungsnahes Angebot an Einkaufsmöglichkeiten und Dienstleistungsangeboten sicher zu stellen. Ebenso muss der Ausbau des ÖPNV, auch durch die Unterstützung des Bürgerbusses, vorangetrieben werden. Ebenso sind Treffpunkte für Senioren anzubieten und zu erhalten. Darüber hinaus sollen weitere ambulante Dienste zur weitgehend selbstständigen Lebensführung (Bringdienste, Patenschaften z.B. für Behördengänge u.ä.) initiiert werden. Letztendlich sind Angebote für Ältere in Bildung, Kultur und Freizeitgestaltung weiterhin von der Stadt zu unterstützen. Sie sind wichtig für ihre Lebensqualität.

Wichtig ist es Stärken und Kompetenzen der Älteren besser als bisher einbeziehen. Ohne freiwillige oder ehrenamtliche Tätigkeit wäre aufgrund der finanziellen Lage in den Kommunen, auch in Achim, vieles nicht mehr zu bewerkstelligen. Ältere Menschen sind vielfach noch leistungsfähig und bereit ihre Erfahrungen für die Gesellschaft einzubringen. Es gilt ältere Menschen durch gezielte Angebote und Begleitung für ein Engagement in der Gesellschaft zu gewinnen. Das tun wir z.B. indem wir Freiwilligenprojekte ermöglichen und entschiedener, auch finanziell, fördern als bisher. Dies durch eine bessere Anerkennung und weitere Förderung des ehrenamtlichen Engagements und durch die verlässliche finanzielle Unterstützung für soziale Vereine.

## **Achim ohne Barrieren**

Die SPD möchte, dass sich die Menschen im Alter und/oder mit Behinderung weiterhin in Achim wohl fühlen. Dazu gehört auch, dass sie sich in unserer Stadt ohne Barrieren bewegen können. Barrierefreiheit muss städtische Selbstverständlichkeit werden. Deshalb wurde zum Beispiel aufgrund unserer Initiative in der laufenden Ratsperiode die Herbergstraße senioren- und behindertengerecht umgestaltet. Dabei wollen wir es nicht bewenden lassen, sondern weitere Laufbänder in der Fußgängerzone bauen, wo sie noch fehlen (z.B. Zugang zur Marktpassage).

Öffentliche Gebäude sind weitgehend mit einem barrierefreien Zugang ausgestattet. Das genügt uns aber nicht! Unser Ziel ist, dass in absehbarer Zeit alle Achimer Geschäfte einen barrierefreien Zutritt gewähren können. Dazu wäre eine Beratung und Förderung durch die Stadt vorstellbar. CIA und Senioren- und Behindertenbeirat sollten einbezogen werden. Darüber hinaus, dass Bordsteine an Überwegen abgesenkt werden, wo bisher noch nicht geschehen (z.B. Ueser Kreuzung), dass Begrenzungs- und Schutzstreifen zwischen unterschiedlichen Verkehrsflächen geschaffen werden, dass es keine Barrieren durch technischen Fortschritt ohne Rücksicht auf die älteren Bürger in Achim gibt (Türöffner zu hoch, Ampelschaltung dto., Ampelphase zu kurz, Automaten zu hoch). Auf den Zugangswegen zur und in der Innenstadt sind mehr Bänke aufzustellen (z.B. Bergstraße, Uphusen Moordamm). Auf Friedhöfen und auf Wanderwegen gilt es den Winterdienst zu verbessern.

## **Sport und Vereine**

Vor dem Hintergrund von sich verändernden Mobilitäten aufgrund der demografischen Entwicklung der Bevölkerung in Achim ist für uns Sozialdemokraten eine Stadt der „kurzen Wege“ ein wesentlicher Bestandteil unserer Stadtentwicklungspolitik. Dieses gilt ganz besonders für ein ausgewogenes Maß an sportlichen Anlagen und Freizeitstätten für die Stadt mit ihren einzelnen Ortsteilen.

Sport in seiner großen Vielfalt ist ein gewichtiger Teil der kommunalen Daseinsvorsorge und eine immer wichtiger werdende Notwendigkeit für ein lebensbegleitendes Sporttreiben und damit einer besseren Gesundheit. Bewegung und Freizeitgestaltung mit Spiel und Sport gehören zu den elementaren Bedürfnissen unserer Bürger und sind unverzichtbare Bestandteile in der Erziehung, in einer gesunden Lebensführung sowie in der Persönlichkeitsentwicklung.

In Achim betreiben in 25 Vereinen fast 13.000 Menschen regelmäßig Sport, auch wenn das Freizeitverhalten sich in den letzten Jahren verändert hat. Für Kinder und Jugendliche sind Sport und Bewegung nicht mehr selbstverständlich, weder in der Schule noch in der Freizeit. Dagegen sind die Erwachsenen auch im hohen Alter sportlich mobil. Wegen eines größeren Gesundheitsbewußtseins werden verstärkt die entsprechenden Breitensportangebote der Vereine von den Bürgern und Bürgerinnen genutzt und nachgefragt. Dieses wird sich künftig noch verstärken.

Die SPD wird sich deshalb für intakte Sportstätten und die bestehenden Schwimmhallen engagiert einsetzen. Den Schwerpunkt der kommunalen Sportförderung setzen wir bei den gemeinnützigen Sportvereinen mit ihren Angeboten, besonders für die Jugend und Älteren.

## **Kultur**

Das kulturelle Leben in Achim und den Ortsteilen ist vielfältig und attraktiv - das zeichnet unsere lebens- und liebenswerte Stadt besonders aus. Die SPD will die städtische Kulturförderung als Standortfaktor auch in Zeiten knappen Geldes fortsetzen. Dazu gehört insbesondere die Unterstützung der erfolgreichen Arbeit des KASCH, des Kommunalen Kinos, des Bürgerfunks Studio Achim, des Kunstvereins und des Dröönläänds. Daneben gilt es auch projektbezogen zu fördern, etwa im Rahmen der für 2013 geplanten 1000-Jahr-Feierlichkeiten des größten Ortsteils Baden oder der Präsentation der Kunstwerke aus der Emil-Kritzky-Sammlung. Zudem will die SPD die bisherigen Städtepartnerschaften mit Nowa Sol in Polen und Cesis als Teil einer geplanten Völkerverständigung! in Lettland weiter unterstützen und ausbauen.

Nach der bereits beschlossenen Optimierung ihrer räumlichen Unterbringung soll die Stadtbibliothek weiterentwickelt werden zu einem kulturellen Treffpunkt, der sich in das dezentrale Kulturkonzept einfügt: Die Achimer Kulturmeile in der Innenstadt erstreckt sich vom Haus Clüver als Sitz von Geschichtswerkstatt und Heimatverein über die Kreismusikschule, die Fußgängerzone mit Stadtbibliothek und Rathaus zum KASCH und zur Schulaula des Cato Bontjes van Beek-Gymnasiums. Eine Belebung der City ist auch immer eine Frage des kulturellen Angebots und eines vielfältigen Vereinslebens!

Die kreisweite Initiative, ein lokales Zentrum für Regionalgeschichtsforschung und Erinnerungskultur und eine Vernetzung der bisherigen Aktivitäten im Landkreis einzurichten, unterstützen die Achimer Sozialdemokraten ausdrücklich. Das geplante Schularchiv am Cato Bontjes van Beek-Gymnasium, in dem insbesondere Dokumente der Namensgeberin, der Fischerhuder Widerstandskämpferin bewahrt und präsentiert werden sollen, kann dabei ein wesentlicher Teil werden.

## **Jugend**

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind auch Werte Jugendlicher, die gerade auf städtischer Ebene gelebt werden können und sollen. Die SPD Achim will die Partizi-

pationsmöglichkeiten für Jugendliche verbessern, Engagement fördern und gemeinsam mit ihnen ihre Vorstellungen von einer jungen Stadt Achim verwirklichen.

Uns ist es wichtig Jugendliche in ihrem Engagement ernst zu nehmen. Sie sind nicht nur eigentlicher Bestandteil von Jugendpolitik, sondern Experten in ihren eigenen Belangen. Die SPD Achim versteht Jugendpolitik als Politik für Jugendliche, aber vor allem mit Jugendlichen. Das ein Interesse an politischer Beteiligung auf Seiten der Jugendlichen vorhanden ist, hat zum Beispiel wieder die letzte Shell-Jugendstudie deutlich gemacht. Jedoch besteht hier kein Interesse an einer Bevormundung oder einer langfristigen Einbindung in politische oder parteiliche Strukturen. Von daher wollen wir nicht Stellvertreter, sondern Begleiter sein.

Die Beteiligung bei der Stadtgestaltung ist eine Gestaltung des eigenen Lebensumfeldes, welches durch die entstehende Identifikation auch zu einem zukünftigen Lebensumfeld werden kann. Jugendpolitik spannt so den Bogen von der Gegenwart in die Zukunft. Somit ist eine Einbindung in die politischen und planerischen Prozesse auf städtischer Ebene Bestandteil von kommunaler Politik für Jugendliche. Es ist ein Ziel der SPD die Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen bei der Stadtgestaltung auszubauen. Es ist zu Überlegen in wie weit Beteiligungsmöglichkeiten in die Satzung der Stadt integriert werden können. Ebenso wäre es wünschenswert ein „Jugendparlament“ wieder aufzubauen. Dabei kann aus vorherigen Problemen gelernt werden, um das „Jugendparlament“ als eine langfristige Institution zu etablieren. Wir sehen hierin eine wesentliche Möglichkeit Jugendliche, auch schon vor Eintritt in das eigentliche Wahlalter, an unser demokratisches System heranzuführen.

Der von Jugendlichen erbrachte Einsatz muss auch gewürdigt werden, vor allem mit realen Ergebnissen und Umsetzungen, da sonst eine schnelle Frustration kein Wunder ist. Darüber hinaus ist auch die öffentliche Anerkennung zu fördern. Eine Möglichkeit für die wir uns einsetzen werden ist ein „Stadtjugendtag“ auf dem sowohl Jugendliche ihre Anliegen vortragen können, aber auch bestehende Vereine und Initiativen ihre geleistete Arbeit einer breiten Öffentlichkeit präsentieren können. Ebenso begrüßen wir sehr die 2010 gegründete „Jugendjury“. Es gilt dieses Projekt aufrechtzuerhalten und die finanziellen Mittel weiter auszubauen, um auch weiterhin einen in dieser Art sinnvollen Beitrag zur Jugendförderung in Achim leisten zu können. Gerade eine projektbezogene Förderung hat den Vorteil, dass das angestrebte Ziel klar zu erkennen ist, der Weg zu diesem Ziel von den Interessierten aktiv mitgestaltet werden kann und die Dauer entsprechend der jeweiligen Situation variiert werden kann.

Soziales Engagement ist auf städtischer Ebene am ehesten möglich. Sozialdemokratische Jugendpolitik will Freiräume zulassen oder neue Schaffen um sich altersgemäß sozial und kulturell einbringen zu können. Dabei ist die Vielfalt an Beteiligungsformen, die von Vereinen bis zu einzelnen Projekten reicht, anzuerkennen. Ein gutes Beispiel hierfür ist die 1981 gegründete MiAU (e.V), die seitdem einen qualitativ wertvollen Beitrag zur aktiven Jugendarbeit, auch ihrem eigenen Selbstverständnis nach, in Achim geleistet hat. Diese und ähnliche Initiativen gilt es aufzubauen und zu festigen. Die SPD Achim versteht sich dabei als Partner und möchte die Selbstorganisation von jungen Menschen unterstützen, um in Achim eine lebendige und offene Jugendkultur zu ermöglichen.

## **Integration**

Voraussetzung für eine gelingende Integration ist die Bereitschaft aller in Deutschland lebenden Menschen aufeinander zuzugehen und dabei Unterschiede zu respektieren. Die so gewonnen Erfahrungen sind für alle eine Bereicherung.

Integrationspolitik ist eine Politik zu Ermöglichung von gesellschaftlicher Teilhabe. Grundlage des Zusammenlebens sind die Werte und Normen die im Grundgesetz ausgehend von der Achtung der Menschenwürde die rechtliche Ordnung herstellen. Das Grundgesetz verkörpert die Werte einer offenen Gesellschaft, die kulturelle Vielfalt zulässt, in der die Freiheit des Glaubens anerkannt wird und Rechte von Minderheiten festgelegt sind. Jedoch werden auch Grenzen und Gebote für den Einzelnen festgelegt. Zum Beispiel kann die Gleichberechtigung von Mann und Frau nicht durch Verweis auf die Herkunft oder die religiöse Überzeugung außer Kraft gesetzt werden. Gleichwohl erwarten wir, dass die sich ergebenden Möglichkeiten wahrgenommen und auch genutzt werden. Wer dauerhaft in dieser Gesellschaft leben möchte hat die Pflicht einen eigenen Beitrag zur Integration zu leisten.

Getragen wird unser Verständnis von Integrationspolitik durch das Ideal einer aktiven Bürgergesellschaft, welche sich durch ein hohes Maß an aktiver Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger bei der Gestaltung des Gemeinwesens auszeichnet und die Identifikation mit diesem fördert. Letztendlich steht jeder einzelne in der Verantwortung für die Gemeinschaft in der er lebt.

Wenn das Ziel der Integrationspolitik eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist, ist das Erlernen der Landessprache ein wesentlicher Faktor. Aufgabe von Politik ist es dafür die Voraussetzungen zu schaffen indem sie die entspre-

chenden Sprach- und Integrationskurse anbietet. Dabei muss das Angebot bedarfsgerecht differenziert werden und sich stärker an der Leistungsfähigkeit der Teilnehmer orientieren.

Da eine gelingende Integration auch vom Erwerb der deutschen Sprache abhängt, kommt ebenso der frühkindlichen Spracherziehung Bedeutung zu. Diese gilt es zu stärken durch eine flächendeckende Ganztagsförderung. Die Vermeidung von Defiziten in der sprachlichen Entwicklung ist elementare Voraussetzung für eine gelingende Bildungsbiographie und der sich hieraus ergebenden Chancengleichheit.

Jugendliche mit Migrationshintergrund haben überdurchschnittlich häufig keinen berufsqualifizierenden Schulabschluss und sind somit häufiger arbeitslos als Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Hinzu kommt, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund weniger Chancen auf einen erfolgreichen Übergang von schulischer in berufliche Ausbildung haben. Damit ergibt sich als Aufgabe von kommunaler Bildungs- und Integrationspolitik die Förderung der Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen von Jugendlichen aus Migrationsfamilien. Eine verbesserte Zusammenarbeit von der Stadt als Träger gezielter Förder- und Qualifizierungsmassnahmen, mit den Schulen und den ausbildenden Unternehmen muss durch die Schaffung eines „Ausbildungs- und Berufseinstiegsbegleiters“ institutionell gestützt werden. Achim kann es sich nicht leisten das in diesen Jugendlichen liegende Potenzial nicht zu nutzen.

Die SPD Achim wird sich verstärkt dafür einsetzen alle relevanten Institutionen in unserer Stadt (dazu gehören Ausländerbehörde, Migrationsberatung, Sprachkursträger und Jobcenter) zu Integrationsnetzwerken auszubauen. Die Aufgabe besteht darin die vorhandenen Angebote zu verzahnen und aufeinander abzustimmen sowie eine zentrale Anlaufstelle für Migrantinnen und Migranten zu schaffen.

Ebenso wird es ein wesentliches Anliegen sein, das Bund-Länderprojekt „Soziale Stadt“ soweit wie möglich mit kommunalen Mitteln am Laufen zu halten. Bisher diente dieses dazu die Benachteiligung Teilgebieten in Achim-Nord durch gezielte Investitionen zu beheben, Segregation von Stadtteilen zu vermindern und so Teilhabe und Integration zu fördern. Weitere positive Merkmale sind ein gesteigertes bürgerschaftliches Engagement in den einzelnen Planungsverfahren und eine Identifikation mit dem lokalen Gemeinwesen. Gerade der Ansatz neben baulichen Verbesserungen auch die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort z. B. Bürgerzentrum, Hausaufgabenhilfen, und Freizeitangebote für Jugendliche zu verbessern, hat sich bewährt. Gerade das BÜZ schafft durch die hier geleistete Basisarbeit Chancen zur aktiven

Teilhabe an der Gesellschaft. Dass die Mittel für das Projekt „Soziale Stadt“ von der aktuellen schwarz-gelben Bundesregierung mit dem Haushalt für 2011 von 95 Millionen Euro auf 28,5 Millionen Euro um 70 Prozent zurückgefahren werden ist auch in der Integrationspolitik ein falsches Signal.

Auf Grund der vielen verschiedenen Bereiche in denen sich Integration vollzieht, kann auch Integrationspolitik nicht isoliert betrachtet werden. Sie muss verstanden werden als ein Zusammenhang aus Bildungspolitik, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Jugendpolitik und Stadtentwicklung, der Zuständige in der Kommune braucht die die Koordination leisten.